

Teil F - Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a (1) BauGB

Gemäß § 10a (1) BauGB ist dem Bebauungsplan eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1 Planerfordernis

Ziel des Bebauungsplanes ist es, für die Erweiterung der Biogasanlage der Dieter und Kurt Meerwarth Gewerbe GbR Baurecht zu schaffen. Die bereits vorhandene Biogasanlage soll so erweitert werden, dass der Wärmebedarf der benachbarten Firma E.G.O. zu einem größeren Teil gedeckt werden kann als bisher. Dies ist Teil der Firmenstrategie, eine ökologische und klimaneutrale Produktion zu bekommen. Die Biogasanlage produziert Biogas, welches in den BHKWs bei der Firma E.G.O verstromt wird. Die dabei anfallende Abwärme wird zur Beheizung der Werksgebäude verwendet. Das Einsparpotenzial an Heizöl für die Firma EGO beträgt bis zu 430.000 Liter Heizöl im Jahr.

Der Bebauungsplan soll die erforderlichen planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen. Da die Anlage über den in § 35 Abs. 1 Nr. 6d genannten Grenzwerten von 2,3 Millionen Normkubikmeter Biogas pro Jahr und die Feuerungswärmeleistung der Anlagen 2,3 Megawatt überschreitet, ist eine Genehmigung im unüberplanten Außenbereich gem. §35 BauGB nicht möglich.

Die geplante Erweiterung der Anlage fällt künftig also nicht mehr unter den Privilegierungsstatbestand. Sie gilt damit als gewerbliche Anlage, die gemäß Plansatz 4.2.2.6 (G) in einem Gewerbe-/Industriegebiet bzw. in einem entsprechenden Sondergebiet untergebracht werden kann. Für die Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit der seit 2009 in Betrieb befindlichen Anlage wurde deshalb ein Bebauungsplan aufgestellt.

2 Berücksichtigung der Umweltbelange im Bebauungsplan

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden im Umweltbericht abgehandelt. Der Bericht wurde von der Firma Modus Consult Speyer GmbH erarbeitet. Er liegt in der Fassung von Dezember 2017 vor und ist eine gesonderte Anlage zum Bebauungsplan. Der Bericht kommt zu folgendem Ergebnis:

Allgemein verständliche Zusammenfassung (Kapitel 18)

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt am nordwestlichen Rand Oberderdingens und umfasst eine Fläche von ca. 3,07 ha.

Der überwiegende Teil des Geltungsbereichs ist anthropogen genutzt (Gebäude, Betriebsanlagen, Lagerflächen, Ackerflächen, durchzogen von einzelnen Feldgehölzen und Feldhecken, Zufahren und Zuwegungen).

Am nordwestlichen Ortsrand von Oberderdingen (Heckenberg) soll die bestehende Biogasanlage erweitert werden. Innerhalb des Gewerbegebietes sollen 2 Anlagegebäude, eine neue Bi-

ogasanlage (Fermenter 2, Nachgärer 2), ein Hawariewall und die Erweiterung des Zentralanges realisiert werden.

Die Haupteinschließung erfolgt im Westen über die Fortführung der Straße "Heckenberg" in Richtung Süden bis zu einem 4-armigen Kreisverkehr (Anbindung an die Flehinger Straße / L 554). Südlich dem Füttersilo sowie nördlich dem Fahrsilo sind Streuobstwiesen geplant. Des Weiteren werden am Rand des Geltungsbereichs Feldgehölze angelegt. Außerhalb des Geltungsbereichs wird nördlich des bestehenden Kuhstalls eine Baumreihe gepflanzt. Westlich dem Weg "Heckenberg" ist die Aufwertung der bestehenden Fettwiese zu Streuobstwiese, sowie Baumpflanzungen (Wildobst) auf der bestehenden Streuobstwiese südlich des Fahrsilos vorgesehen.

Im Folgenden werden die aus der Planung resultierenden wesentlichen Auswirkungen auf die Umwelt unter Berücksichtigung der geplanten Festsetzungen zusammengefasst dargestellt:

Schutzgut Fläche:

Durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes kann die Fläche des Geltungsbereichs (ca. 3,07 ha) maßgeblich verändert werden. Umweltrelevant ist v.a. die durch die Festsetzungen ermöglichte Zunahme an überbauten/versiegelten Flächen durch die Festsetzung einer GRZ von 0,6. Dadurch ergibt sich rechnerisch eine Netto-Neuversiegelung von maximal rd. 10.608 m².

Schutzgut Pflanzen und Tiere, biologische Vielfalt:

Durch die geplante Erweiterung der Biogasanlage wird ca. 11.433 m² Fettwiese mittlerer Standorte und ca. 3.330 m² Acker beansprucht. Zudem ist mit einer Zunahme an versiegelten oder teilversiegelten Flächen (Netto-Neuversiegelung maximal rd. 10.608 m²) und somit mit einer Unterbindung des Biotopentwicklungspotenzials zu rechnen.

Betriebsbedingt ist infolge der geplanten Erweiterung der Biogasanlage nicht mit erheblichen Zusatzbelastungen durch Bewegung/Lärm für angrenzende Biotopstrukturen zu rechnen, da entsprechende Vorbelastungen bestehen (d.h. es kommen bereits heute nur rel. störungstolerante Tierarten vor). Durch die Festsetzungen zur Neupflanzung von Bäumen, Sträuchern und Feldgehölzen sowie zur Entwicklung von artenreichen, extensiv genutzten Fettwiesen kann der Biotopwert im Geltungsbereich weitgehend wiederhergestellt werden.

Zur Kompensation der verbleibenden Beeinträchtigungen sind Biotopentwicklungsmaßnahmen auf an den Geltungsbereich angrenzenden Flurstücken vorgesehen.

Boden

Die geplante Erweiterung der Biogasanlage bewirkt eine zusätzliche Versiegelung unversiegelter Flächen (Netto-Neuversiegelung maximal rd. 10.608 m²). Durch die Versiegelung gehen sämtliche Bodenfunktionen verloren bzw. werden erheblich eingeschränkt. Im Zuge der Planung werden jedoch Ackerflächen in extensiv genutztes Grünland und Gehölzflächen umgewandelt.

Dadurch werden Bodenfunktionen aufgewertet bzw. verbessert. Wasser Für das Schutzgut Wasser geht durch die geplante Versiegelung Infiltrationsfläche verloren. Aufgrund der geplanten Versickerung des anfallenden Oberflächenwassers im Geltungsbereich und der Einleitung in den Kraichbach wird das Oberflächenwasser dem natürlichen Wasserkreislauf wieder zugeführt, so dass keine erhebliche Beeinträchtigung verbleibt.

Klima/Luft

Es kann davon ausgegangen werden, dass innerhalb des Geltungsbereichs geringfügige Änderungen der klimatischen Verhältnisse eintreten. Außerhalb des Sondergebietes kann jedoch davon ausgegangen werden, dass keine deutlichen klimatischen Veränderungen bewirkt werden. Bzgl. Schutzgut Luft ergab die Immissionsprognose, dass durch die geplante Erweiterung der Biogasanlage keine relevanten Zusatzbelastungen an Stickoxiden, Stäuben, Ammoniak und Stickstoff zu erwarten sind.

Mensch

Anlagebedingt werden keine Wohn- oder sonstigen Siedlungsflächen beansprucht. Durch die geplante Erweiterung der Biogasanlage erfolgt zudem kein Verlust an Erholungsflächen, da nur betriebsnahe Hofflächen weiter überbaut/ verdichtet werden.

Betriebsbedingt ergab die Immissionsprognose zum geplanten Vorhaben, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen bewirkt werden, da die Vorgaben der TA Luft bzw. der Geruchsimmisionsrichtlinie unterschritten werden.

Landschaft

Durch die geplante Bebauung verändert sich geringfügig die Oberflächengestalt der Landschaft. Aufgrund der Lage und der Eingrünung (Pflanzung von Gehölzen im gesamten Geltungsbereich sowie externe Bepflanzungen) können diese Landschaftsbildveränderung jedoch vermindert werden, so dass sie insgesamt nicht zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Schutzgutes führen.

Wechselwirkungen

Es sind keine negativen Auswirkungen für das Schutzgut 'Wechselwirkungen' zu erwarten.

Kultur- und Sachgüter

Es sind keine negativen Auswirkungen für das Schutzgut 'Kultur- und Sachgüter' zu erwarten, wenn die Festsetzung zu dieser Thematik beachtet wird.

Artenschutzrechtliche Maßnahmen sind im Umweltbericht dargestellt und werden zum Teil im Geltungsbereich des Bebauungsplans festgesetzt z.T. auf Flächen außerhalb zugeordnet.

Mit den folgenden Vorschlägen für textliche Festsetzungen sollen

- die umwelterheblichen Beeinträchtigungen durch die geplante Biogasanlage gemindert,

- eine Teilkompensation innerhalb des Wirkungsbereichs ermöglicht und
- ein naturschutzfachlicher Ausgleich der Eingriffe im Bebauungsplan verankert werden.

a) Festsetzungen zur Minderung von Beeinträchtigungen innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

- Das gesetzlich geschützte Biotop "Feldhecke Untere Halde I" ist zwingend zu erhalten und vor Beeinträchtigungen zu schützen.
- Die im Plan als zu erhalten festgesetzten sonstigen bestehenden Gehölzbestände sind dauerhaft zu erhalten, fachgerecht zu pflegen und die Gehölze bei Abgang zu ersetzen.
- Während der Bauzeit sind die Gehölze und Vegetationsbestände mit Erhaltungsbindung gemäß DIN 18920 'Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen' zu schützen.
- Notwendige Gehölzrodungen sind nur außerhalb der Brutzeit von Vögeln (d.h. im Zeitraum Anfang Oktober und Ende Februar) durchzuführen.

b) Festsetzungen zur Kompensation von Beeinträchtigungen innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

- In den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern im Geltungsbereich sind folgende Biotopstrukturen entsprechend der Lage im grünordnerischen Entwicklungsplan zu entwickeln:
 - Am westlichen Rand des Geltungsbereichs sind Feldhecken durch Anpflanzung von Heistern und Sträuchern entsprechend dem vorgegebenen Pflanzplan anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten
 - Nördlich des bestehenden Fahrsilos sowie südlich des bestehenden Futtersilos sind Streuobstwiesen durch Anpflanzung von Wildobstarten in einem Abstand von rd. 10 x 10 m und Ansaat einer kräuterreichen Wiese aus regionalem Saatgut zu entwickeln, dauerhaft extensiv zu pflegen und zu erhalten.
 - Im Havariebecken sind Strauchanpflanzungen in den Böschungsbereichen vorzunehmen und dauerhaft zu erhalten; nach einer möglichen Havarie sind die Strauchanpflanzungen ggfs. zu ersetzen
 - Am südlichen und westlichen Außenrand des Havariebeckens ist eine Heckenstruktur durch die Anpflanzung von Sträuchern herzustellen. Durch regelmäßigen Heckenschnitt darf die Hecke in Form gebracht werden.
 - Im Geltungsbereich sind zudem Einzelbäume entsprechend Planeintrag um das bestehende Gärrestelager 1 und das geplante Gärrestelager L2 anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten.

c) Festsetzungen zur Kompensation von Beeinträchtigungen außerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplanes

- Nördlich des Geltungsbereichs (Flurstück 5644) ist eine Baumreihe durch Anpflanzung von Bäumen (u.a. Wildobstarten) in einem Abstand von rd. 10 und Ansaat einer kräuterreichen Wiese aus regionalem Saatgut zu entwickeln, dauerhaft extensiv zu pflegen und zu erhalten.
- Westlich des Heckenbergweges (Flurstücke 5561 und 5562) ist eine Streuobstwiese durch Anpflanzung von Wildobstarten in einem Abstand von rd. 12 x 12 m auf einer bestehenden Wiesenfläche zu entwickeln, dauerhaft extensiv zu pflegen und zu erhalten.
- Auf dem Flurstück 5651 wird die bestehende Streuobstwiese durch die Anpflanzung von 11 Obstbäumen aufgewertet.

d) Allgemeine Vorgaben für Pflanzungen

- Alle Bepflanzungen sind gemäß DIN 18916 und DIN 18917 fachgerecht durchzuführen, gemäß DIN 18919 zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die FLL-Richtlinie "Empfehlungen für

Baumpflanzungen", Teil 1, ist zu beachten. Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB.

- Anzupflanzende Einzelbäume (Wildobstbäume) sind als Hochstämme mit einem Stammumfang von mindestens 8 bis 10 cm zu pflanzen.
- Feldgehölz: 1 bis 10-reihig, aus leichten Sträuchern gemischt mit Heistern. Als Überhälter 3% Heister heimischer Laubbaumarten
- Die Artenauswahl für Gehölzpflanzungen soll standortgerecht und naturraumtypisch sein. Eine Artenauswahlliste für Bepflanzungen ist im Umweltbericht aufgeführt.

e) Sonstige Empfehlungen

- Bodenschutz: Gemäß § 202 BauGB ist Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen. Nähere Ausführungen zum Vorgehen enthält die DIN 18 915 bzgl. des Bodenabtrags und der Oberbodenlagerung.
Bei erforderlichen Geländeaufschüttungen darf der Mutterboden des Urgeländes nicht überschüttet werden, sondern ist zuvor abzuschieben. Der erforderliche Bodenabtrag ist schonend und unter sorgfältiger Trennung von Mutterboden und Unterboden durchzuführen. Unnötiges Befahren oder Zerstören von Mutterboden auf verbleibenden Freiflächen ist nicht zulässig. Die DIN 18 300 'Erdarbeiten' ist zu berücksichtigen.
- Denkmalschutz: Vor jeglichen Bodeneingriffen müssen archäologische Prospektionen (flächige Sondageschnitte) vorgenommen werden, um die Befunddichte und -erhaltung einschätzen zu können. Erst anhand der Prospektionsergebnisse kann dann entschieden werden, ob eine archäologische Ausgrabung erforderlich sein wird.

Immissionsschutz

Es wurde eine Immissionsprognose erstellt, die die Auswirkungen auf die Immissionssituation für Gerüche, Ammoniak, Stickstoff und Staub zu beurteilen hatte. Die Untersuchungen wurden von der IFU GmbH, Privates Institut für Analytik mit Sitz in Frankenberg erstellt. Die Ergebnisse liegen in der Fassung vom 08.Juni 2017 vor und sind Teil des Bebauungsplans.

Der Bericht kommt zu folgendem Ergebnis:

Bei der Ermittlung der Geruchs-, Ammoniak, Stickoxid- und Staubemissionen der Anlage wurde festgestellt, dass die Emissionsmassenströme für Stickoxide und Stäube die Bagatellmassenströme nach TA Luft Nr. 4.6.1.1 [1] unterschreiten. Für diese beiden Stoffgruppen kann somit eine relevante Immission ausgeschlossen werden, ohne dass hierfür eine Ausbreitungsrechnung durchgeführt werden muss. Die durchgeführten Ausbreitungsrechnungen beschränken sich damit auf Geruch und Ammoniak (aus der Ammoniakdeposition resultierende Stickstoffeinträge). Hierfür wurden die folgenden Ergebnisse ermittelt:

Der geplante Anlagenbetrieb führt zu einer relevanten Geruchsbelastung ($> 0,02$) an den umliegenden Nutzungen mit dauerhaftem Aufenthalt von Personen. Unter Berücksichtigung der Gesamtbelastung konnte jedoch an allen relevant betroffenen Immissionsorten die Einhaltung der angenommenen Immissionswerte ausgewiesen werden. Eine Abdeckung des bestehenden Gärrestbehälters hat dabei keinen relevanten Einfluss auf die Beurteilung der Erheblichkeit der Geruchsbelastungen.

Der geplante Anlagenbetrieb führt zu einer relevanten Ammoniakbelastung ($> 3 \mu\text{g}/\text{m}^3$) an zwei umliegenden Biotopen 94629 „Feuchtgehölz östlich untere Mühle“ und 94751 „Feldhecke untere Halde I.“ In der Gesamtbelastung wird der Beurteilungswert nach TA Luft für empfindliche

Pflanzen und Ökosysteme ($> 10 \mu\text{g}/\text{m}^3$) ebenfalls überschritten. Mit dem Vorhaben kommt es jedoch nicht zu einer Steigerung der Ammoniakeinträge an diesen Biotopen, sodass sich durch das Vorhaben an sich keine nachteiligen Auswirkungen gegenüber dem bestehenden Zustand ergeben. Eine Abdeckung des bestehenden Gärrestbehälters hat dabei einen relevanten Einfluss auf die prognostizierten Ammoniakeinträge. Da sich aus den Literaturangaben für eine natürliche Schwimmschicht eine höhere Ammoniakminderung ergibt als bei Abdeckung mit einem Zeltdach, ist hier der natürlichen Schwimmschicht als Minderungsmaßnahme der Vorzug zu geben.

Der geplante Anlagenbetrieb führt zu einer relevanten Stickstoffbelastung ($> 5 \text{ kg}/(\text{ha a})$) an vier umliegenden Biotopen 94629 „Feuchtgehölz östlich untere Mühle,“ 94751 „Feldhecke untere Halde I,“ 94752 „Röhricht und Weidengebüsch nördlich der unteren Mühle“ und 94971 „Feldhecken Heckenberg.“ In der Gesamtbelastung werden die Beurteilungswerte nach LAI-Leitfaden maximal $60 \text{ kg}/(\text{ha a})$ ebenfalls überschritten. Mit dem Vorhaben kommt es jedoch nicht zu einer Steigerung der Stickstoffeinträge an diesen Biotopen, sodass sich durch das Vorhaben an sich keine nachteiligen Auswirkungen gegenüber dem bestehenden Zustand ergeben. Eine Abdeckung des bestehenden Gärrestbehälters hat dabei relevanten Einfluss auf die prognostizierten Stickstoffeinträge. Da sich aus den Literaturangaben für eine natürliche Schwimmschicht eine höhere Ammoniakminderung ergibt als bei Abdeckung mit einem Zeltdach, ist hier der natürlichen Schwimmschicht als Minderungsmaßnahme der Vorzug zu geben.

3 Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung im Bebauungsplan

Die Ergebnisse der Bürger/innen- und Behördenbeteiligung sind nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander wie folgt im Bebauungsplan berücksichtigt worden:

3.1 Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit fand vom 12.12.2016 bis zum 13.01.2017 statt. Hier gingen keine Anregungen ein.

Bei der öffentlichen Auslegung vom 14.08.2017 bis 15.09.2017 gingen ebenso keine Anregungen und Bedenken ein.

3.2 Behördenbeteiligung

Die Behörden und Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 (1) BauGB vom 08.12.2016 bis zum 13.01.2017 frühzeitig beteiligt. Hierbei wurden folgende Stellungnahmen berücksichtigt:

RP Stuttgart Landesamt für Denkmalpflege	Der Hinweis auf die großflächige jungsteinzeitliche Siedlung und das Verfahren bei Bodeneingriffen ist im Bebauungsplan unter Hinweise aufgenommen worden.
RP Freiburg Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau	Die Hinweise zur Geotechnik und die allgemeinen Hinweise wurden in den Bebauungsplan übernommen.

<p>LRA Karlsruhe Amt für Umwelt und Arbeitsschutz - Naturschutz</p>	<p>Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanz wurde nachgereicht und mit dem Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz –Naturschutz- abgestimmt.</p> <p>Die Pflanzgrößen bei den zu pflanzenden Bäumen sind im Textteil des Bebauungsplanes und im Umweltbericht angegeben. Im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans sind entsprechende Pflanzgebote und Pflanzbindungen eingetragen.</p> <p>Der bestandskräftige Pflanzplan des Außenbereichsvorhabens wurde innerhalb des Geltungsbereichs berücksichtigt.</p> <p>Der Grünordnungsplan wurde erstellt und abgestimmt und ist Bestandteil des Umweltberichts.</p> <p>In das vorhandene Biotop „Feldhecke Untere Halde I“ wird nicht eingegriffen. Die Baugrenzen wurden zur Verdeutlichung entsprechend angepasst.</p>
<p>LRA Karlsruhe Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, Sachgebiete Altenlasten/ Bodenschutz – Gewässer –Abwasser <u>Industrieabwasser/VAwS</u></p>	<p>Der Gemeinderat hat auf Empfehlung die Änderung von einem ursprünglich Vorhabenbezogenen Bebauungsplan auf einen Bebauungsplan im Regelverfahren beschlossen.</p>
<p>LRA Karlsruhe Gesundheitsamt</p>	<p>Für den Bebauungsplan wurden ein Umweltbericht und eine Geruchsimmissionsprognose erstellt. Entsprechend der Ergebnisse wurden Festsetzungen getroffen.</p>
<p>LRA Karlsruhe, Baurechtsamt</p>	<p>Der Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert. Der Einleitungsbeschluss wurde am 14.11.2016 gefasst.</p> <p>Im Planteil wurde die max. Höhe in NN in der Legende ergänzt.</p> <p>Die Baugrenzen wurden vermaßt.</p> <p>Aussagen zum Artenschutz wurden ergänzt.</p>
<p>LRA Karlsruhe Amt für Umwelt und Arbeitsschutz</p>	<p>Die geforderte Immissionsprognose wurde erstellt.</p> <p>Die Ergebnisse wurden im Bebauungsplan berücksichtigt.</p> <p>Ein Umweltbericht und eine Immissionsprognose wurden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erstellt. Daraus wurden dann entsprechende Festsetzungen abgeleitet.</p> <p>Im Geruchsgutachten wurde dargelegt, welche unterschiedlichen Auswirkungen an Geruchsimmissionen bei abgedeckten bzw. offenen Gärrestbehälter in die Umgebungsluft auftreten.</p> <p>Eine Beteiligung des RP Karlsruhe in Bezug auf die Störfallverordnung hat stattgefunden.</p>

RP Karlsruhe Abteilung 2 – Wirtschaft, Raumordnung, Bau-, Denkmal-, und Gesund- heitswesen	Der Geltungsbereich des Bebauungsplans wurde auf die für die Biogasanlage relevanten Flächen verkleinert.
NABU BUND	Ein Umweltbericht mit den angeführten Kriterien des NABU wurde erstellt. In das vorhandene Biotop „Feldhecke Untere Halde I“ wird nicht eingegriffen. Die Baugrenzen wurden zur Verdeutlichung entsprechend angepasst. Siehe auch Umweltbericht zum Bebauungsplan.
Regionalverband Mittlerer Oberrhein	Wie angeregt haben Gespräche zwischen Regierungspräsidium, Regionalverband und Verwaltung stattgefunden. Daraufhin wurde der Geltungsbereich des Bebauungsplans verkleinert. Die Unterlagen wurden dem Regionalverband übermittelt.

Aus der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4(2) BauGB vom 07.08.2017 bis zum 15.09.2017 gingen die folgenden Anregungen hervor, die im Bebauungsplan Berücksichtigung fanden:

LRA Karlsruhe, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz – Naturschutz	Für die Festlegung zu den Hochstämmen wird eine Pflanzgröße von 14-16 verwendet.
LRA Karlsruhe Baurechtsamt	Einleitungsbeschluss und öffentliche Bekanntmachung für die 5. Änderung des FNP sind erfolgt.

4 **Begründung der Planwahl nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten**

Es handelt sich bei dem Plangebiet um die Ergänzung einer bereits bestehenden Biogasanlage. Die Erweiterung der Biogasanlage über die Privilegierungsgrenze macht einen Bebauungsplan erforderlich. Da es sich um eine Ergänzung der bestehenden Biogasanlage in Oberderdingen handelt, die den Wärmebedarf der benachbarten Firma E.G.O. in Zukunft verstärkt abdecken soll, kommen keine anderen Planungsmöglichkeiten in Betracht.